

Pränumerations-Preise:

Für Arab:	
Halbjährig	14 fl. — kr.
Jahres	27 " 50 "
Wirt Postverfendung:	
Halbjährig	16 fl.
Jahres	30 " 50 "
Wirt Postverfendung:	
Halbjährig	18 fl.
Jahres	34 " 50 "

Arader Zeitung.

Insertions-Preise:
Die 5-spaltige Petitzeile oder deren Raum wird das erste Mal mit 6 kr. und bei jeder folgenden Einrückung mit 4 kr. berechnet.
Stempelgebühr für jedwede Insertion 30 kr. ö. W.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.
Manuscripte werden nicht zurückerstattet.

Redactions- und Administrations-Bureau:
Hauptgasse Nr. 2, im A. J. Steiniger'schen Hause, 2. Stock.

Aufträge für Inserate

übernehmen auswärts die Herren Haasenstein & Vogler in Wien, (Neuer Markt 11), Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a/M., Basel, die Jäger'sche Buchhandlung in Frankfurt a/M.; A. Schulz & Comp. in Leipzig, A. Oppel in Wien und Rudolf Mosse in Berlin, Breslau, Hamburg, München, Nürnberg, Frankfurt a/M., Wien, Prag, Straßburg, Zürich.

Politische Uebersicht.

Arad, 12. März.

Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Pest geschrieben wird, beschäftigte sich der dortige Ministerrath in den letzten Tagen mit dem französischen Handels- und Schiffahrtvertrage vom Jahre 1866. Das cisleithanische Ministerium hat bekanntlich ganz kategorisch für die Aufrechterhaltung des Vertrages gestimmt, und auch von Seite des ungarischen Ministeriums wird die Wichtigkeit des 1866er Vertrages betont. Nicht nur deshalb wollen die beiderseitigen Ministerien das Ansehen der französischen Regierung zurückweisen, weil durch dasselbe zunächst unsere Schiffahrt, welche letzterer Zeit auffallend zugenommen hat, durch die Einführung einer Surcharge leiden würde, sondern auch principielle Rücksichten sind es, welche unsere Regierungen zum Festhalten an dem Vertrage nöthigen, und diese beziehen sich hauptsächlich darauf, daß die Handelsfreiheit in der Handelspolitik der europäischen Mächte auch weiterhin das dominirende Element bleibe. Oesterreich-Ungarn will selbst den kleinen Schaden nicht erdulden, den die von Thiers beantragten Vertragsänderungen dem Handel bringen würden, und dies umso weniger, als durch die Einwilligung unsererseits die materiellen Interessen freihandelnder Nationen wesentlich geschädigt werden können. Sollte jedoch Frankreich — was leicht möglich ist — den Vertrag willkürlich brechen, so wäre dies jedenfalls ein Schritt, dem man unsererseits kaum etwas Anderes als energische Proteste entgegenstellen könnte; denn darüber ist man beiderseits einig, daß Repressalien kaum zum Resultate führen, vielmehr eher unserer Consumtion schaden, als den Handel Frankreichs beeinträchtigen könnten.

Das preussische Herrenhaus hat nun gleichfalls das neue Schulaufsichtsgesetz mit bedeutender Majorität angenommen, und so ist denn der erste große Sieg des Liberalismus in Preußen unter Führung eines conservativen Minister-Präsidenten gegen das star-conservative Herrenhaus erfolgt. Mit 125 gegen 76 Stimmen hat das preussische Herrenhaus seine Zustimmung zu der von dem Fürsten Bismarck in letzter Zeit gegen die Ultramontanen verfolgten Politik ausgesprochen. Vergebens waren alle Anstrengungen, die noch in zwölfter Stunde von einer gewissen im Berliner Königsschloß sehr einflussreichen Coterie gemacht wurden, um den „verderblichen Schritt“ hintanzuhalten. Vergebens boten die Kleist-Rehewitz und Senft-Pilsch alle ihre oratorischen Kräfte auf, um das Haus zur Ablehnung des Schulaufsichtsgesetzes zu bewegen. Der eiserne Fürst setzte auch hier seinen Willen durch, wenn es ihm auch dabei heißer wurde, als in den Schlachten, die er auf diplomatischem Felde seinen Gegnern geliefert.

Die Rede, welche Bismarck bei dieser Gelegenheit im Herrenhause hielt, erfährt von den Organen der Fortschrittspartei ungetheilte Anerkennung. So sagt die „Vossische Ztg.“, die Rede sei bedeutender als alle Reden, die Bismarck je gehalten; ihre große Bedeutung erhalte sie dadurch, daß sie „aus allen Schranken des Staates, der Nation, der Partei hinaus auf den univervalen Boden des Kampfes tritt, der die Geister der abendländischen Welt bewegt, daß das deutsche Kaiserthum dem Papstthum gegenübergestellt wird, daß es die Freiheit in Lehre und Glauben auf seine Fahne schreibt und sie allen Menschen ohne Unterschied der Nation voranträgt gegen die Knechtung der Geister.“ Man könne diese Rede das Programm der conservativen Staaten gegen die historische Kirche nennen.

Die Bedeutung der jüngst erlassenen Verfügungen des Unterrichtsministers Dr. Falk über die Dispensation vom Religions-Unterricht erbellt aus den Deutungen, welche officiöse Mittheilungen die preussischen Blätter derselben geben. Es heißt darin: „Nach der ganzen Haltung der Verfügung und nach der Tendenz, welche sie eingegeben hat, darf es als unzweifelhaft gelten, daß die Behörden angewiesen sind, die Gesuche um Dispensation in entgegenkommendster Weise zu behandeln. Es wird keineswegs gefordert werden, daß der anderweitige Religions-Unterricht von einem Theologen ertheilt wird; auch jeder andere qualifizierte Lehrer wird gestattet sein, ja selbst das Recht der Eltern auf eigene Unterweisung ihrer Kinder in Religion dürfte unbeantwundet bleiben.“

Es gilt als bestimmt, daß die Vertheilung der vom Berliner Reichstag bewilligten 4 Millionen Thaler für Dotationen bereits am 1. März, dem Jahrestag des Einzugs in Paris, statigefunden hat. Publizirt soll die Liste der Beteiligten jedoch erst am 22. März, dem Geburtstag des Kaisers, werden. Der Großherzog von Mecklenburg und der Kronprinz von Sachsen sollen sich eine Dotation verbeten haben, in Bezug auf die Dotationen für die süddeutschen Generale und Kriegsminister soll die Form gewählt worden sein, daß der Kaiser den süddeutschen Souveränen einen Theil der 4 Millionen zur Verfügung stellt, der von den süddeutschen Fürsten dann unter ihre Generale vertheilt wird. — Der bairische General v. Hartmann, dessen Truppen bei Weissenburg den Feldzug eröffneten und in Paris einzogen, hat zum 1. März vom deutschen Kaiser mit einem schmeichelhaften Handschreiben den Orden pour le mérite erhalten.

Die Ministerkrisis in Frankreich ist noch nicht definitiv abgeschlossen. Herr v. Souillard führt interimistisch das Finanzministerium und dürfte vielleicht der definitive Nachfolger Pouyer-Quertier's werden, da Thiers sich schwerlich dazu verstehen wird, Casimir Périer, einen entschiedenen Gegner des Schutzoll-Systems, gerade jetzt, wo die Zolltarifs-Frage endgiltig entschieden ist, in das Cabinet aufzunehmen. Wie der „Siecle“ mittheilt, soll Casimir Périer selbst die Erklärung abgegeben haben, er denke nicht daran, den Posten eines Finanzministers zu übernehmen.

Die Bonapartisten suchen aus dem Proceß Doria vier de la Motte möglichst Capital zu schlagen. Der traurige Held dieses skandalösen Zwischenfalls will sogar Casimir Périer, als ehemaligen Minister des Innern, wegen der achtmonatlichen Unterjuchungshaft, die er diesem zu verdanken hatte, gerichtlich verfolgen. Auch soll er die Absicht haben, gegen den Präsidenten des Assisenhofes von Rouen klagen vorzugehen, und endlich gedenkt er noch eine andere hochgestellte Persönlichkeit zum Duell zu fordern. Ueberhaupt scheinen die Matadore des Ex-Kaiserreichs die Cassagnac und Consorten, durch eine Art Duell-Terrorismus ihre Gegner von der Unfehlbarkeit und Unübertrefflichkeit des Cäsarismus überzeugen zu wollen. Bereits ist die Fehde zwischen den Redactionen des „Pays“ und des republikanischen „Corsaire“ offen entbrannt; bis jetzt aber hat das „Pays“ den Kürzeren gezogen, indem einer seiner giftigsten Mitarbeiter, Rogat, unter dem Namen Couville als ein zu jeder publicistischen Niedertracht qualifizirter Preßknecht des Kaiserreichs seit langen Jahren berüchtigt, auf dem Kampfplatze verwundet worden ist. Die „Corps-hag“ wird indessen fortgesetzt.

In der National-Versammlung dauert die Discussion über die gegen die „Internationale“ zur erlassenden außerordentlichen Strafbestimmungen fort, ohne daß sie die besondere Aufmerksamkeit des Hauses zu fesseln vermöchte. Selbst die Rede, welche L. Blanc in der letzten Sitzung hielt, wurde mit großer Gleichgiltigkeit angehört. Das „Journal des Debats“ gesteht ein, daß der Gesetzentwurf gegen die „Internationale“ bei einem großen Theile der Franzosen gut aufgenommen worden, aber es erklärt, daß ihm dieser Entwurf als ebenso unpraktisch wie übel angebracht erscheine, ja, daß er nur geeignet sei, die Lehren, die man bekämpfe, zu kräftigen, und daß er zugleich das Land in eine gefährliche Sicherheit wiegen werde; besser werde es wirken, wenn man dafür Sorge, daß die „Internationale“ nicht durch die eigenen Fehler der Franzosen, durch ihre Thorheiten und ihre Partei-Zwistigkeiten Macht und Ausbreitung gewinne.

Ueber den amerikanischen Waffenhandel während des deutsch-französischen Krieges sprechen sich die deutsch-amerikanischen Zeitungen im Tone der höchsten Entrüstung aus. — So schreibt der „New-Yorker Demokrat“: „Es wird nach unserer Ansicht schwer zu beweisen sein, daß die Regierung der Vereinigten Staaten durch den Verkauf von Waffen vorräthen durch dritte Hand einen Bruch der Neutralitätsgesetze gegen eine befreundete Nation (Deutschland) beging. Aber Sumner bringt Belege für die Thatsache, daß, während Deutschland mit Frankreich im Kriege war, die Regierungs-Werkstätten der Vereinigten Staaten in die äußerste Thätigkeit versetzt wur-

den, Patronen für die französische Regierung zu fabriciren. Dies wäre ein Bruch der Neutralitätsgesetze und der Loyalität gegen eine befreundete Macht, der so klar wäre, wie das Sonnenlicht. Nach den übereinstimmenden Berichten aller Blätter, schreibt man der „New-Yorker Staatszeitung“, war die von Schurz am 20. Februar über die Waffenverkäufe gehaltene Rede eine großartige Leistung. Die „Tribune“-Correspondenten vergleichen sie mit den glänzendsten Leistungen Webster's, Clay's und der großen englischen Parlamentsredner Pitt, Sheridan und Fox. — Das Blatt sagt weiter, daß die Rede überall in Amerika, wo ein Deutscher seinen Fuß hingesezt hat, ein jubelndes Echo finden wird.“

Der Situation.

Wir haben in den jüngsten Tagen leider nur zu oft Veranlassung gehabt, unseren schmerzlichen Gefühlen und unserer Entrüstung über die Vorgänge im Schoße des Reichstages Ausdruck zu leihen. Im Folgenden wollen wir nun die Stimme eines gebiegenen Fachorganes, die des trefflich redigirten volkswirtschaftlichen Organes, „Ungarischer Actionär“ reproduciren, welcher sich über diese schmachvollen Vorgänge vom volkswirtschaftlichen Standpunkte aus ausspricht. Unter der Ueberschrift: „Aus dem Reichstage“ schreibt das genannte Blatt Folgendes:

„Die Vorgänge, deren Schauplatz der ungarische Reichstag in den letzten Tagen gewesen und deren Wiederholung in den nächsten Tagen allem Anscheine nach bevorsteht, verdienen auch an dieser Stelle ernst besprochen zu werden: denn sie sind nicht nur dazu geeignet, die parlamentarische Regierungsform überhaupt ad absurdum zu führen, sondern alle jene, denen der Fortschritt auf volkswirtschaftlichem Gebiete, das materielle Aufblühen unseres Landes am Herzen liegt, mit gerechter Beforgniß zu erfüllen. Der Parteienkampf, welcher in diesem Momente innerhalb der Volksvertretung des Landes mit einer Erbitterung geführt wird, die sich mit der Würde einer gesetzgeberischen Körperschaft nicht vereinbaren läßt, hat wohl rein politische Beweggründe zum Ausgangspunkte gehabt; eine Kritik der in Berathung stehenden Wahlnovelle gehört nicht in den Rahmen dieses Blattes; allein die jüngste Parteitactik unserer Opposition würde, bis in ihre äußersten Konsequenzen durchgeführt, jede gesetzgeberische Schöpfung des Reichstages unmöglich machen und so die Erledigung einer beträchtlichen Anzahl von Gesetzentwürfen, die dazu berufen sein sollen, den Handel und Verkehr des Landes zu heben, ad graecas calendas verschieben. Und aus diesem Gesichtspunkte halten auch wir uns berufen, gegen das bezeichnete Vorgehen der Opposition unseres Reichstages Einsprache zu erheben.“

Seit dem 1867er Ausgleich ist das Ausland dem ungarischen Staate mit Sympathie und Vertrauen entgegengekommen. Der Credit, welcher Ungarn vor wenigen Wochen auf dem Londoner und in noch weit höherem Maße der Credit, welchen wir im Jahre 1868 auf dem Pariser Markte fanden, war ein Zukunftscapital; er basirte weniger auf schon bestehenden Verhältnissen, als auf dem Vertrauen in die politische Situation des Landes. Eine imposante Majorität stand hinter der aus ihrer Mitte hervorgegangenen constitutionellen Regierung und bot hinreichende Garantien für die Stabilität derselben. Die Maßnahmen dieser Regierung zur Hebung der volkswirtschaftlichen Interessen, zur Ausbeutung der bisher unermüthet gelegenen reichen Schätze des Landes ermüthigten immer mehr das ausländische Capital und es drängte sich heran, um hier fruchtbringend investirt zu werden. Ungarn mußte nun nicht mehr im eigenen Felde ersticken; es erhielt ein weitverzweigtes Schienennetz, auf welchem der Ueberfluß an Rohproducten dem Weltmarkte abgegeben wurde.

Die tumultuarischen Scenen aus dem Reichstage werden weit außerhalb der Grenzen unseres Landes ihr Echo finden. Die im parlamentarischen Leben seltene Erscheinung, wie eine Majorität von der Minorität terrorisirt und thatlos gemacht wird, kann das Vertrauen in den unerschütterlichen Bestand unserer Verhältnisse wankend machen und auf den Credit des Landes schädlich wirken. Die vielen Millionen fremden Geldes, welche seit 1867 ins Land ka-

men, werden sich hier nicht mehr sicher fühlen und allmählig zurückgezogen werden. Darüber kann sich denn doch selbst Herr v. Tisza keiner Täuschung hingeben, daß das ganze Ausland deálistisch gefasst ist und daß der Fortbestand des Ausgleiches mit Oesterreich jene Grundlage ist, die dem Auslande als Garantie für seine ungarischen Werthpapiere dient. Möglich, daß Herr v. Tisza die günstige Stimmung des Auslandes Ungarn gegenüber auch für den Fall zu erhalten glaubt, wenn er ans Ruder käme; wenn er jedoch — wie dies bereits in der Donnerstagsitzung geschehen — mit den Extremen gemeinsame Sache macht, um mit vereinten Kräften die Thätigkeit der Regierung und des Parlamentes zu lähmen, dann wird er, auf den rothen Fauteuil gelangt, nicht der Minister eines geistig und materiell mächtig aufstrebenden Staates sein, sondern die Verwaltung einer Sandwüste zu übernehmen haben.

Die Rede des Ministerpräsidenten vom 7. März war ein glücklicher Wurf; so recht eine Rede „nach Hause“, an das Land. Graf Lónyay zählt die vielen Gesetzentwürfe auf, die ihrer Erledigung warten und deren jeder einzelne vitale Bedürfnisse einer Gegend oder des ganzen Landes befriedigen sollen. Die Regierung hat ihre Pflicht gethan, die Majorität des Reichstages will sie thun, aber sie wird durch Vielrednerei der Opposition daran verhindert. Das Land soll es wissen, auf wen die Verantwortlichkeit dafür fällt, daß der 1869—72er „Reform“-Reichstag, an dessen Thätigkeit so viele Hoffnungen geknüpft wurden, viele der wichtigsten Reformen seinem Nachfolger unerledigt übrig läßt.

Auch die Durchführung des Gesetzesvorschlages über die fünfjährige Mandatsdauer, welcher bereits dem Reichstag vorgelegt ist, hat zum Zwecke die Consolidierung des Staates, die Sicherheit der Entwicklung auf den betretenen Bahnen. Das Quotenverhältnis, dessen Dauer im 1867er Ausgleich auf 10 Jahre festgesetzt wurde, soll ungestört prolongirt werden können und nicht wieder Gegenstand von Agitationen gegen den Ausgleich selbst bilden. Bei fünfjähriger Mandatsdauer würde der Vertrag über die Quote schon in der nächsten Session zu Ende gehen und zweifellos eine deaklistische Majorität über dessen Fortdauer entscheiden. Natürlich stemmt sich die Opposition gegen die fünfjährige Sessionsdauer und vergißt, daß sie es demselben Ausgleich, dessen Negation ihr Programm ist, einzig und allein zu verdanken hat, wenn der Volkswohlstand seither so zugenommen, daß ihr jene drei Millionen für Wahlzwecke zur Verfügung stehen, deren sich ihre Organe so laut rühmen.“

Aus dem Reichstage.

Unterhausung.

West, 11. März.

Präsident Somssich eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr. Auf den Ministerfauteuil: Lónyay, Tóth, Tisza, Wittó, Pauler, Kerpápoly.

Das Protocoll der jüngsten Sitzung wird authentisirt.

Der Präsident meldet mehrere Jurisdictionsgesuche an, welche der Petitionscommission zugewiesen werden. Darunter ist auch ein Gesuch des Statliger Wahlbezirkes, welcher sich darüber beschwert, daß sein Abgeordneter Josef Sebesy, ohne durch Unwohlsein gehindert zu sein, dennoch bei diesen wichtigen Verhandlungen von den Sitzungen des Abgeordnetenhauses fernbleibt. Der Präsident verspricht, den säumigen Abgeordneten brieflich aufzufordern, daß er seiner Pflicht nachkomme.

Der Präsident zeigt an, daß die Erben nach Ignaz Ghyecz in einer Zuschrift das Haus verständigen, daß sie demselben die Bibliothek ihres verstorbenen Vaters, bestehend in 6400 Werken mit 20,000 Bänden spenden. (Lebhafter Beifall und Eszen von allen Seiten des Hauses.) Der Präsident beantragt, diese Zuschrift nicht der Petitionscommission, sondern dem Bibliotheksausschuß zuzuweisen, damit dieser die nöthigen Verfügungen zur Uebernahme des Geschenkes treffe. Das Haus aber möge in Anbetracht der Seltenheit einer so hochherzigen patriotischen That den Ghyecz'schen Erben seinen Dank protocollarisch ausdrücken. (Lebhafter Beifall.)

Thomas Póschy beantragt, die Zuschrift der Ghyecz'schen Erben möge verlesen werden. Dies geschieht. In der Zuschrift heißt es, weiland Ignaz Ghyecz habe bei Lebzeiten stets geäußert, daß er seine werthvolle Bibliothek öffentlichen Zwecken zu widmen wünsche. Die Erben glauben, diesem Wunsche nicht besser nachkommen zu können, als indem sie sich erlauben, die Bibliothek dem Abgeordnetenhaus anzubieten. Nur bitten sie, daß jeder Band mit einem Stempel versehen werde, welcher den Namen Ignaz Ghyecz enthält.

Béla Perczel beantragt, der Dank des Hauses möge nicht bloß protocollarisch ausgedrückt, sondern auch durch den Präsidenten den Spendern mit-

getheilt werden. (Beifall.) Gabriel Várady hat dasselbe beantragen wollen und nimmt den Antrag natürlich an. Ernst Simonhi spricht in demselben Sinne. Thomas Póschy wünscht, daß das Haus sich darüber äußere, ob es die Bedingungen annimmt, an welche die Spende geknüpft ist. Coloman Ghyecz bemerkt, daß hier von keiner Bedingung, sondern bloß von einer Bitte die Rede ist. Die Anträge des Präsidenten und Perczel's werden einstimmig angenommen.

Paul Dániel überreicht ein Gesuch der Stadt Beckerek, welche bittet, daß das Haus den Gesetzentwurf über den Ausbau der Groß-Beckerek-Rikinda-Pancsovaer Eisenbahn noch in dieser Session berathe und ermögliche, daß derselbe zum Gesetz erhoben werde. Der Einreicher wünscht, daß das Gesetz dem Petitions-Ausschuß zur präferenten Verhandlung zugewiesen werde. Die Dringlichkeit desselben glaubt er genug motivirt zu haben, wenn er anführt, daß drei Vierteltheile des Torontáler Comitates unter Wasser stehen, daß die Bevölkerung nach Brod schreit und nur von der raschen Inangriffnahme der Eisenbahnarbeiten ihr Heil erwartet. — Das Gesuch wird dem Petitions-Ausschuße zur Verhandlung außer der Tour zugewiesen.

Demselben Ausschusse wurden die Gesuche zugewiesen, welche von den Abgeordneten Josef Madarász, Friedrich Górdögh, Nicolaus Sankovics, Alexander Vidats, Stefan Majoros, Franz Verecz, Eduard Horn und Ludwig Besthy eingereicht werden.

Sabbas Bukovics bringt einen von zwölf Abgeordneten unterschriebenen Beschlußantrag ein, wonach das Haus den Minister anweist, unter provisorischer Außerkräftsetzung der festgestellten Tagesordnung sofort den Gesetzentwurf über den Ausbau der Beckerek-Rikinda-Pancsovaer Bahn so einzureichen, daß derselbe noch in dieser Session zum Gesetz erhoben werden könne.

Der Antrag wird in Druck gelegt und vertheilt.

Abam Lázár interpellirt den Justizminister in Betreff der angeblich willkürlichen Interpretation jener gesetzlichen Bestimmung, welche hinsichtlich der Beschlagnahme von Beamtengehaltem getroffen ist. (Motivirung und Vorlesung dieser Interpellation nimmt zehn Minuten in Anspruch.)

Die Interpellation wird dem Justizminister zugestellt.

Ignaz Hajdu überreicht das 59. Verzeichniß der vom Petitionsausschuße erledigten Gesuche. Wird in Druck gelegt und für Samstag auf die Tagesordnung gesetzt.

Referent des ständigen Verificationsausschusses, Paul Dródy, berichtet, daß der Ausschuß den Abgeordneten von Großschenk, Friedrich Schäfer, mit Vorbehalt des dreißigtägigen Termines zur Einbringung von Protesten gegen seine Wahl verificirt habe. Derselbe wird in die dritte Section eingereicht.

Das Haus geht zur Tagesordnung über, auf welcher die Verhandlung über den Antrag steht, den Graf Julius Szapáry in der Nachtsitzung vom Donnerstage auf den Freitag eingebracht und Albert Rémetly sich angeeignet hat. Der Antrag geht bekanntlich dahin, daß das Haus gewöhnlich von 10 bis 6 Uhr, und wenn die Sectionen tagen, von 10 bis 3 Uhr Sitzung halte.

Albert Rémetly nimmt das Wort, um zum Gegenstande zu sprechen. Er erläutert die große Wichtigkeit der Abschaffung des Schankregals. Die Wichtigkeit wurde auch von vielen Abgeordneten erkannt, denn gegen zwölf derselben haben Beschlußanträge und selbst fertige Gesetzentwürfe in dieser Angelegenheit eingebracht. Redner selbst hat in jeder Session einen Beschlußantrag in dieser Richtung eingebracht und erneuert, den er vorliest.

Präsident: Als ich dem Herrn Abgeordneten das Wort ertheilte, that ich dies in der Voraussetzung, daß er zur Sache sprechen und hierüber eine wesentliche Bemerkung machen werde. Denn sonst hat er kein Recht auf das Wort, da er in der Nachtsitzung schon einmal zum Antrag gesprochen hat und nicht das Recht besitzt, zweimal in derselben Frage das Wort zu ergreifen.

Albert Rémetly: Ich bitte um Entschuldigung. In der Nachtsitzung habe ich bloß zum ersten Theil des Antrages gesprochen, welcher davon handelte, daß die damalige Sitzung bis 11 Uhr währen soll. Den zweiten Theil des Antrages dagegen, der heute zur Verhandlung auf die Tagesordnung gesetzt ist, habe ich damals mit keinem Worte berührt, wie mir das Haus bezeugen kann. Redner fährt fort, die große Wichtigkeit der Regalienabschaffung zu erläutern und wird vom Präsidenten nochmals aufgefordert, sich an die Sache zu halten. Nun zählt er endlich auch noch die anderen Gegenstände auf, deren Erledigung noch in dieser Session wünschenswerth sei und er leitet daraus die Nothwendigkeit ab, daß Sitzungen eine längere Zeit als bisher zu widmen.

Den Antrag kann er jedoch in der Fassung Szapáry's nicht annehmen. Denn wenn das Haus ununterbrochen acht Stunden hintereinander beisammen ist, so wird es so erschöpft, daß es den andern Tag zu abgespannt ist, als daß es recht arbeiten könnte. Dies haben wir auch bei der jüngsten Nachtsitzung gesehen. Deshalb modificirt Redner den Antrag dahin, daß die Sitzungen täglich von 10 bis 2 und von 5 bis 8 Uhr stattfinden. (Die Rede hat 15 Minuten gewährt.)

Josef Fusth acceptirt gern den Antrag in dieser Modification.

Ernst Simonhi beklagt sich über die schlechte Ventilation des Hauses und beruft sich auf den Ausspruch des Arztes Dr. Patrubán, daß lange Sitzungen der Gesundheit der Abgeordneten schaden. All das muß das Haus nur erdulden, weil die Regierung mit ihrer unglücklichen Halsstarrigkeit darauf beharrt, den Wahlgesetz-Entwurf aufrecht zu erhalten.

Die Partei, der der Redner angehört, hat der Regierung offen und entschieden erklärt, daß sie auf Grund der Geschäftsordnung aus allen Kräften verhindern werde, daß man den Gesetzentwurf zum Gesetz erhebe. Sie war jedoch bereit, diese extremen Maßnahmen nicht zu benutzen, wenn die Regierung nur einige Punkte modificiren will. Die Regierung ging jedoch auf diesen Antrag nicht ein. Der Gesetzentwurf kann nicht angenommen werden, denn er ist eine Beschränkung des Wahlrechtes und das ganze Land erhebt sich gegen denselben, wie die lange Reihe von Petitionen beweist, die gegen den Gesetzentwurf von Jurisdictionen, Gemeinden und Bürgern einlaufen. Die Regierung ist auch bei der Einreichung des Gesetzentwurfes sehr incorrect und unparlamentarisch vorgegangen.

Ein so wichtiger Gesetzentwurf wurde nur von einem Minister eingereicht, unterschrieben, vertheidigt, nur ein Minister knüpfte sein Portfeuille daran. — Vom Präsidenten zweimal aufgefordert, sich an die Sache zu halten, da man im Sinne der Geschäftsordnung jetzt nicht über den Wahlgesetzentwurf sprechen könne, sondern nur über den auf der Tagesordnung stehenden Antrag, erklärt Redner endlich, daß er zwar gerne Alles thue, was seine schwache Gesundheit ihm nur gestatte, um die Bürger vor dem Raub an ihrem Rechte zu schützen, daß er jedoch in eine Verlängerung der bisherigen Sitzungsdauer nicht einwilligen könne. Er nimmt daher den Antrag Rémetly's nicht an. (Redner hat 44 Minuten gesprochen.)

Alexander Imáshy bringt folgenden Beschlußantrag ein: „Das Haus entsende einen aus fünf Mitgliedern bestehenden Ausschuß, welcher mit Vernehmen von Fachmännern einen gutachtlichen Bericht darüber zu erstatten hat, ob und inwiefern die langen Sitzungen der Gesundheit der Abgeordneten schaden. Bis dahin aber sollen die Sitzungen von 10 bis 2 Uhr dauern.“ (Weiterkeit.)

Carl Boborhy spricht für den Antrag Imáshy's und äußert, acht Tage lang bloß von der Tagesordnung und der Sitzungsdauer zu sprechen, sei eine Comödie, die der Würde des Hauses nur schaden kann. (Rufe von der Rechten: So ist's!) Allein trotzdem kann Redner sich nicht entschließen, zur Verfertigung dieser Debatte mitzuwirken, denn er will verhindern, daß der rechtsberaubende Gesetzentwurf erledigt werde.

Madarász: Es ist Pflicht der Regierung, jene Gesetzentwürfe, über deren Nützlichkeit für die materielle und geistige Entwicklung des Landes alle Parteien einig sind, vor das Haus zu bringen. Wenn er Ministerpräsident wäre, würde er nicht 25 bis 30,000 Bürger des Wahlrechtes berauben wollen. Er stimmt Rémetly bei, wenn die Verathung des Gesetzentwurfes über die Wahlen und die fünfjährige Mandatsdauer so lange aufgeschoben, bis nicht verschiedene andere Gesetze, die bereits den Sectionen zugewiesen sind, erledigt sein werden.

Rómenödy schimpft über die pflichtvergessene deaklistische Presse, die sich untersteht zu sagen, die Linke compromittire den Parlamentarismus. Er ist gegen Rémetly. Spricht 45 Minuten.

Coloman Tisza schließt sich den Auseinandersetzungen seines „verehrten Freundes“ Rómenödy an und demonstirt, die Rechte sei Schuld an den ganzen jetzigen Scandalen, denn wenn sie den Gesetzentwurf zurücknehme, werde Alles wieder in Ordnung sein.

Der Minister des Innern weist die Zustimmung Tisza's zurück. Es wäre lächerlich, den Gesetzentwurf, den die große Majorität des Hauses angenommen, zurückzuziehen. Nicht eine Angelegenheit der Regierung steht hier in Frage, sondern der Parlamentarismus selbst und nicht nur der ungarische, sondern der europäische Parlamentarismus. Die Regierung wird nicht dazu beitragen, den Parlamentarismus zu compromittiren. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Linke spricht nun fort bis 3 Uhr, dann wird die Sitzung geschlossen. In der morgigen Sitzung wird diese Debatte fortgesetzt.

Die Landes-Conferenz der Linken.

Wesst, 11. März.

Gestern hat im großen Redoutensaale die öffentliche Berathung der aus den verschiedensten Gegenden des Landes entsendeten Delegirten der oppositionellen Vereine und Wahlbezirke stattgefunden, nachdem dieser Samstag Abends eine Vorconferenz vorausging, in welcher die gestern pünktlich eingehaltene Tagesordnung festgestellt wurde. Der große Redoutensaal war zum Erdriicken voll und saßte wohl an 2000 Personen, welche zu dieser Berathung erschienen waren. Die Sitze im Orchester, desgleichen Logen und Galerien waren von dem untheilhabigen Publicum, worunter viele Damen, dicht besetzt. Den in den Saal tretenden Delegirten wurden der in Druck gelegte Beschlusstrag, Eintrittskarten zum Bankett, Einladungen zur Theilnahme an dem Fackelzug, endlich die Morgenblätter des „Hon“ und „Ellenör“ eingehändigt. Von den oppositionellen Notabilitäten erschien zuerst Moriz Sókai und wurden mit stürmischen Zurufen begrüßt, welche sich in demselben Maße wiederholten, als Coloman Ghyczy und Coloman Tisza zusammen erschienen.

Kurz nach 10 Uhr trat Gabriel Váradh an den erhöhten Präsidientisch, um den Beginn der Berathung anzukündigen, und im Sinne des in der Vorconferenz vereinbarten Beschlusses für die Präsidientische Herrn Ghyczy vorzuschlagen, der mittelst Aclamation auf den Präsidientisch berufen wurde. Nachdem Ghyczy den Vorsitz einnahm, bestellte er zunächst für die Conferenz zwölf Schriftführer, darunter: Ludwig Csavosfky, Paul Jámbor, Thomas Péchy, Thomas Vécsey und Des. Majthényi. Er eröffnet die Berathung mit einer kurzen Rede und erklärte somit die Conferenz für eröffnet. (Rautes, anhaltendes Gien.)

Nun sucht Coloman Tisza in langer Rede das Verhalten der Opposition zu erläutern und legt einen Beschlusstrag vor, welcher wie folgt lautet:

Die Landes-Partei-Conferenz wolle aussprechen, daß unsere Partei als Landespartei auch in Bezug auf die Wahlen ihre Sonderstellung aufrechterhält und es als ihre Aufgabe betrachtet, mit allen gesetzlichen und loyalen Mitteln dahin zu streben, daß in je mehr Bezirken entschiedene Mitglieder unserer Partei zu Abgeordneten gewählt werden. Weiters wolle die Conferenz aussprechen, daß die Bestimmung der Ausführungsmodalitäten, das Vorgehen, welches an einem oder anderen Orte am zweckmäßigsten sei, desgleichen das Verhältnis, in welches die Mitglieder unserer Partei im Interesse der Wahl zu irgend einer Partei, namentlich zu der anderen Schattirung der Opposition etwa zu treten für zweckmäßig finden, dem Ermessen der in jeder Jurisdiction, eventuell in jedem Wahlbezirke befindlichen Mitglieder der Partei anheimzustellen wäre. Schließlich wolle die Conferenz aussprechen, daß sie nebst dem zur Erreichung des Zieles die Bildung eines Central-Parteiausschusses, als Bindeglied zwischen den einzelnen Theilen der Partei, desgleichen eines Executivausschusses notwendig findet und soll aus dem Schoße der Conferenz eine Commission von 15 Mitgliedern entsendet werden, nach deren Vorschlag der Central-Parteiausschuß und das Executivcomité sofort bestellt werden sollte.

In Bezug auf den Central-Parteiausschuß und das Executivcomité ist vorläufig zu beschließen: 1. Daß der Central-Parteiausschuß, mit Rücksicht auf alle Gegenden des Landes, aus einer größeren Anzahl von Mitgliedern, das Executivcomité aber aus 9 theils im Centrum wohnenden, theils hier öfters und leicht zusammenkommenden Mitgliedern bestellt werde. 2. Sowohl der Central-Parteiausschuß als das Executivcomité, indem sie sich sofort constituiren, haben das Verhältnis zu einander festzustellen, namentlich aber jene Fälle und die Modalitäten, wann und unter welchen das Executivcomité verpflichtet sei, den Central-ausschuß einzuberufen.

Für den solcherweise organisirten Executivausschuß wäre außer dem hier in diesen Punkten Erwähnten als Aufgabe zu stellen: 1. daß derselbe durch die Mitglieder des Centralausschusses mit der ganzen Partei in fortwährender Verbindung sei; 2. daß derselbe mit unausgesetzter Aufmerksamkeit den Stand der Partei im ganzen Lande begleite; 3. im Interesse der Partei betreffs der nötigen Aufklärungen, Interpretationen und Widerlegungen verfüge; 4. dort aneifere, wo dies nötig ist; 5. Aufklärungen und Aufschlüsse ertheile, wenn um solche nachgesucht wird; 6. Candidaten proponire, wenn er hiezu von den einzelnen Bezirken aufgefordert wird und zwar mit Rücksicht darauf, daß die bekannten Mitglieder der Partei, wenn ihre Erwählung in ihren ursprünglichen Bezirken zweifelhaft geworden, in solchen Bezirken gewählt werden sollen; 7. zwischen den einzelnen Mitgliedern der Partei vermittelnd, im Falle hier oder da auftauchende Meinungsunterschiede dem Ausschusse zur Kenntniß gelangen; 8. im Allgemeinen Alles vollführe, was den vorgezeichneten Zweck, die Erwählung unserer Parteimitglieder fördern kann; namentlich die von den

Parteiausschüssen der Provinz oder von den Mitgliedern des Centralausschusses im Interesse ihrer Gegeben einlangenden Aufforderungen in Erwägung zu ziehen und Alles zu thun, was in seinem Bereiche liegt.

Nachdem dieser Antrag durch allgemeine Zurufe angenommen und der Vorsitzende dies als Beschluß ausgesprochen hatte, wurde nach dem Antrage des diesbezüglich entsendeten Fünfsöhner-Comités eine sehr lange, nach den vier Landesdistricten gegliederte Namensliste jener Parteimitglieder gelesen, welche aus jedem Comitate, Districte und den größeren Städten in den Centralausschuß berufen werden, welche Verzeichnisse übrigens durch mehrere Namen während der Sitzung bereichert wurden. In das Executivcomité wurden sodann gewählt: Edmund Beniczky, Ludwig Vécsey, Ludwig Csavosfky, Alexius Horváth, Moriz Sókai, Paul Moricz, Ludw. Papp, Thomas Péchy und Ludw. Salamon.

Bei der Aufnahme des Namens Sókai steigerten sich die Zurufe der Menge auf den Gipfelpunct des Enthusiasmus und man verlangte stürmisch: Sókai zu sehen und zu hören. Der Vorsitzende ließ indeß früher die Tagesordnung erschöpfen und kam nunmehr die nachstehende an den Reichstag zu richtende Petition zur Annahme:

„Sehr geehrte Abgeordnetenhaus! Wir unterfertigte Wähler, welche in den verschiedenen Gegenden des Landes wohnend, aus eigener Ueberzeugung die Wünsche der öffentlichen Meinung im größten Theile des Landes kennen, bitten mit voller Achtung das geehrte Abgeordnetenhaus, es wolle dasselbe den Gesetzentwurf über die Modification und Ergänzung des Art. V vom 3. 1848 und des siebenbürgischen Gesetzes II, desgleichen den Gesetzentwurf über die fünfjährige Sessiondauer des Reichstages, welche beide die Rechte der Nation verletzen und beschränken und ben deshalb von der öffentlichen Meinung der Nation erurtheilt werden — ablehnen.“

Nunmehr gelangt Sókai unter lebhaften Zurufen zum Worte, indem er für sich und im Namen seiner Collegen für das Vertrauen dankt, durch welches er und die übrigen Mitglieder in den Executivausschuß gewählt wurden. Redner fühlt die Last, die ihm hiebei aufgebürdet wurde und findet die Kraft, diese Last zu ertragen, in dem Eifer, welchen die Partei für das Wohl des Vaterlandes an den Tag legt. In dem Kampfe, welchem wir entgegensehen, haben wir keinen anderen Wahlpruch als jenen des biblischen Helden, der zu dem Riesen sagte: „Du kommst mit Schild und Schwert gegen mich, ich aber komme im Namen Gottes.“ Unser Gegner steht mit allen Mitteln der Macht gegen uns, wir aber geben ihm mit der Vaterlandsliebe und dem Rechte entgegen und der Glaube erfüllt uns, unsern Goliath zu besiegen.

Nach der mit stürmischen Beifalle aufgenommenen Rede Sókai's wurden Begrüßungstelegramme von zwei Wahlbezirken, das eine aus dem obern Bezirk des Tordaer Comitates, mitgetheilt.

Alexander Szodoray liest einen längeren Antrag vor, der darin gipfelt, daß die Conferenz den oppositionellen Abgeordneten ihr Vertrauen votirt und die Haltung derselben in der Debatte über die Wahlgesetz-Novelle vollkommen billigt.

Coloman Tisza ersucht, diesen Antrag nicht anzunehmen, um den oppositionellen Abgeordneten den etwaigen Vorwurf der Eitelkeit zu ersparen.

Paul Korais (aus Paks) stellt den Antrag auf Fusion mit der 1848-er Partei und im Zusammenhange damit an Ludwig Kossuth ein Telegramm mit der Bitte zu richten, daß derselbe in sein Vaterland zurückkehren möge, welchem Antrage langanhaltende stürmische Zurufe folgten. („Fest! Napló“ bemerkt zu dieser Episode: „Eines der interessantesten Momente der Conferenz war, als ein Mitglied den Namen Kossuth's aussprach. Minutenlange, stürmische Ehrens folgten darauf, man zog die Hüte und nur Ghyczy saß mit bedecktem Haupte auf seinem Präsidientenstuhl. Es wurde ihm von mehreren Seiten gewinkt, aufzustehen und den Hut abzunehmen. Er stand auf, zog den Hut und in diesem Augenblicke war er bleicher als sonst. Vor seiner patriotischen Seele mögen da die Reminiscenzen einer kritischen Vergangenheit aufgezuckt sein und gewiß krampte sein Herz schmerzlich zusammen, als er daran dachte daß nun er selber die Leidenschaften aufspeitschen läßt, die unabsehbar, vielleicht gar nicht geahnten Zielen zustreben.“) Ludwig Csavosfky sprach darauf, man jage die Hüte und nur Ghyczy saß mit bedecktem Haupte auf seinem Präsidientenstuhl. Es wurde ihm von mehreren Seiten gewinkt, aufzustehen und den Hut abzunehmen. Er stand auf, zog den Hut und in diesem Augenblicke war er bleicher als sonst. Vor seiner patriotischen Seele mögen da die Reminiscenzen einer kritischen Vergangenheit aufgezuckt sein und gewiß krampte sein Herz schmerzlich zusammen, als er daran dachte daß nun er selber die Leidenschaften aufspeitschen läßt, die unabsehbar, vielleicht gar nicht geahnten Zielen zustreben.) Ludwig Csavosfky sprach darauf, man jage die Hüte und nur Ghyczy saß mit bedecktem Haupte auf seinem Präsidientenstuhl. Es wurde ihm von mehreren Seiten gewinkt, aufzustehen und den Hut abzunehmen. Er stand auf, zog den Hut und in diesem Augenblicke war er bleicher als sonst. Vor seiner patriotischen Seele mögen da die Reminiscenzen einer kritischen Vergangenheit aufgezuckt sein und gewiß krampte sein Herz schmerzlich zusammen, als er daran dachte daß nun er selber die Leidenschaften aufspeitschen läßt, die unabsehbar, vielleicht gar nicht geahnten Zielen zustreben.)

Redner schildert sodann die Vorgänge im Abge-

ordnetenhaus, welche es notwendig machen, daß beide Schattirungen der Opposition vereint wirken, wie dies auch der Fall ist, ohne daß vorher eine Vereinbarung stattgefunden hat, indem Jedermann den Augenblick für gekommen sah, das Wahlgesetz zu bekämpfen. In demselben brüderlichen Einverständnis wird der Kampf gegen die fünfjährige Sessiondauer geführt werden, so weit dies nur möglich ist, um das Gesetz nicht zu Stande zu bringen. Fusionsversuche werden bei der Opposition übrigens nicht bloß von dieser einen Seite gemacht, sie kommt auch von andern Seiten, welche eine Schwächung der Partei bezwecken. Eine Fusion läßt sich nicht decretiren, und dazu haben wir hier auch kein Recht. Hier sind jene Männer der 48-er Partei nicht anwesend, welche doch in der Sache ein entscheidendes Wort zu sprechen haben. Eine solche Fusion würde daher keine Einigkeit, sondern eine Spaltung der Partei, zumal gerade vor den Wahlen hervorgerufen. Man wollte eine Reformpartei, eine unabhängige Partei, eine Centralpartei und weiß Gott, was für Parteien bilden u. z. kamen alle Versuche von der Opposition und nicht von der Rechten. Am Schlusse verwarf sich Redner gegen die Behauptungen, daß die Opposition jedwede Reform verhindert, desgleichen lehnt er jeden Fusionsantrag ab, da die Partei sich im Falle der Noth schon zu helfen wissen werde.

Ein Redner, der kaum gehört und verstanden wurde, beantragt die Anfertigung eines Registers aller Sünden, die sich die Regierung zu Schulden kommen ließ; ferner sollen solche Abgeordnete, die auf ihren Wahlbezirk vergessen, nicht wiedergewählt werden. Der allgemeine Lärm ersticte die Worte dieses Redners, worauf

Coloman Tisza nochmals das Wort ergreift, um die Versammlung auf ihren eigentlichen Zweck zu erinnern, welcher durch die Annahme des Beschlusstrages auch erfüllt wurde und wobei nur noch auf die Hauptsache, die Organisirung der Partei für die bevorstehenden Wahlen, Bedacht zu nehmen ist. In der Fusionsfrage theilt Tisza vollkommen die Ansichten Csavosfky's.

Hierauf wurde die Verathung durch Ghyczy unter Constatirung der erfolgten Parteiorganisirung mit den Worten „es lebe das Vaterland!“ kurz vor 1 Uhr geschlossen und die Petition an den Reichstag unterschrieben.

Das Bankett der Opposition wurde in zwei Localitäten, u. zw. im Orpheum und im Saale des Vereines der Musikfreunde gehalten. Im letzteren, wo sich die Delegirten der beiden Donaudistricte versammelten, eröffnete Ghyczy den Reigen der Toaste, und galt sein Spruch den Wählern der Opposition. Szodoray trank auf das Wohl der oppositionellen Reichstagsabgeordneten; Sókai auf den fleißigen Arbeiter Ghyczy; Szodoray auf Bukovics, das Mitglied des 48er Ministeriums; Jámbor auf Col. Tisza, den Vertheidiger des Rechtes; Adam Lázár auf Kossuth, dem ein telegrafischer Gruß zugesendet wurde, welchen Degres beantragte. Bukovics ließ die Führer der Partei, Ghyczy und Tisza, leben.

Ghyczy beantragte, die im Orpheum bankettirenden Delegirten der Theißer Districte durch eine Deputation zu begrüßen, welche von Sókai geführt wurde. Szodoray trank auf das Wohl Sókai's, Szodoray für das Volk und so ging es in langer Reihe weiter, bis eine Deputation aus dem Orpheum erschien, die einen Gruß überbrachte, welchen Ghyczy erwiderte. Bald darauf kehrte auch Sókai mit der Deputation aus dem Orpheum zurück und theilte mit, dort sei ihm gesagt worden: der erste Ungar sei der König, aber der größte Ungar sei Ludwig Kossuth, was stürmischen Beifall hervorrief und worauf eine Reihe von Toasten folgte, in deren einem Sókai den König hochleben ließ. Ein Sturm von begeisterter Zustimmung folgte den Worten des Dichters und der allgemeine Enthusiasmus legte sich erst nach und nach.

Bei dem Bankette im Orpheum reichte sich selbstverständlich Spruch an Spruch. Hier waren es die Toaste der Herren Tisza, Dobsa, Mezösy, Ragályi u. s. w., welche aufeinander folgten.

Den Schluß dieser Kundgebungen der Opposition machte ein imposanter Fackelzug mit Fahnen und mehreren Musikbänden, welcher den im Clublocale in der Waiznergasse versammelten Abgeordneten der Linken gebracht wurde. Der Zug nahm seinen Ausgang aus dem Hause des Volksclubs in der Pfeisergasse, bewegte sich durch die Tabakgasse über die Landstraße, durch die Franz Deakgasse, am Franz Joseskai über den Pfarr- und Rathhausplatz nach dem Clublocale, wo Alexander Hegedüs die Ansprache an die bei offenem Fenster gestandenen Abgeordneten hielt, in deren Namen Ghyczy antwortete, und nach welchem auf Wunsch des Publicums noch Csavosfky und Sókai einige Worte sprachen. Daß sich zum Fackelzug ein sehr zahlreiches Publicum herandrängte, braucht nicht erst bemerkt zu werden.

Neuestes.

Agram, 11. März. Bakanovic erhielt vom Ministerpräsidenten Lónyay die Weisung, die croatischen Landtagswahlen ehestens auszuschreiben.

Wien, 11. März. Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Paris telegraphirt: General Wimpfen veröffentlicht ein Werk, worin er das Unterrichtswesen der preussischen Militär-Anstalten als musterhaft empfiehlt.

Wien, 11. März. Der „N. Fr. Pr.“ wird aus Graz telegraphirt: Die Erhebungen bestätigen die Gefährlichkeit des Arbeiteraufstandes.

Wien, 11. März. Der Verfassungsausschuss berieth über die Anträge betreffs des für Galizien zur Verfügung zur stellenden Pauschals.

Marburg, 11. März. An der heute stattgefundenen Eröffnung der Landes-Ober- und Weinbauschule nahmen die Minister Stremayr und Chlumetzky Theil.

Bayreuth, 11. März. Die königl. bayerische Gewerfabrik in Amberg wird eine Central-Werkstätte für Deutschland.

Rom, 11. März. Eine Depesche aus Pisa meldet: Mazzini ist gestern gestorben.

Breda, 11. März. Der Graf von Chambord ist heute nach Köln abgereist.

Paris, 10. März. Der Prinz und die Prinzessin von Wales sind zu mehrtägigem Aufenthalt hier eingetroffen.

Militärisches.

(Militär-geographisches Institut) Se. Majestät hat mit Entschliessung vom 10. Februar 1872 genehmigt, daß in Zukunft nur jene Unterofficiere und Soldaten als Zeichner in das militär-geographische Institut aufzunehmen sind.

(Ehemalige Officiere als Cadet-Aspiranten.) Das Reichskriegsministerium hat angeordnet, daß den Gesuchen um Zulassung solcher Soldaten zur Cadettenprüfung, welche bereits früher Officiere gewesen sind, die Erklärung des Officierscorps jenes Truppenkörpers beizuschließen ist.

(Adjutants-Vorschrift.) Das Reichskriegsministerium hat nunmehr die beiden letzten Theile der Adjutants- und Ausrüstungs-Vorschrift für das k. k. Heer herausgegeben.

Heilanstalten, Transporthäusern und des Armeestandes, wie auch die Auditore erhalten statt der bisherigen lichtblauen Pantalons blaugraue mit Passpoil von der Egalisirungsfarbe des Waffenrockes.

Amliches.

(Ernennungen.) Se. k. und apost. k. Majestät haben den Justizministerial-Secretär Heinrich Dévany zum Chef des Centralgrundbuchsamtes mit Ministerialrathsrang ernannt.

Tagesneuigkeiten.

Arad, 12. März. Gestern fand in der romanischen Schule der Vorstadt Permyába die halbjährige Prüfung statt. Die Antworten der Schüler waren durchwegs correct.

(Eine Deputation an Kossuth.) Nach der „L.-C.“ wird sich aus der Mitte der Vertreter bei der Landesconferenz der Linken eine aus mehreren Personen bestehende Deputation auf eigene Kosten zu Kossuth nach Turin begeben.

(Erdbeben) Ueber das Erdbeben am 6. d. liegt eine Anzahl von Berichten vor; wir wählen daraus als einen der interessantesten jenen, welcher der „Bohemia“ aus Prag zugeht.

(Der „Attentäter“ Arthur D'Connor.) Da es nicht unwahrscheinlich ist, daß in dem Prozesse gegen den Irländer Arthur D'Connor, der sich eines Anfalles auf die Person der Königin Victoria schuldig gemacht hat, Geistesstörung als Milderungsgrund der That angeführt werden dürfte.

Resolvent erklärt haben, obwohl er eine Art enthusiastische Sympathie für die jenseitigen Gefangenen an den Tag legt. Er erklärt u. A. den Gebrauch eines ungeladenen Pistols durch die Anstalt, daß, falls er, wie er Anfangs beabsichtigte, eine geladene Waffe gebraucht hätte, der Prinz von Wales den Thron bestiegen haben würde.

(Complott gegen einen königlichen Silberdiener.) Eine echt russische Diebsgeschichte wird der „N. Z.“ folgendermaßen aus Petersburg erzählt: Die Königin von Württemberg langte bekanntlich am Montag den 14. (26.) Februar hier auf dem Warschauer Bahnhofe an.

(Auktion von Cap-Diamanten.) Bei einer am 28. Februar von den Herren Debenham, Storr und Sons in London vorgenommenen Auktion von Cap-Diamanten kamen über 4000 Karat Steine im Rohzustande so wie eine nicht unbedeutende Anzahl Brillanten, die kurz vorher geschliffen worden waren, unter den Hammer.

(Zeitungs-Statistik.) Einem amerikanischen Blatte zufolge werden im Staate New-York jährlich 42,770,855 Zeitungen gedruckt und ausgegeben, welche fast die in jedem anderen Staate der Union ausgegebenen Zeitungen um das Doppelte übersteigt.

Volkswirtschafts- und Handels-Zeitung.

General-Versammlung der Theisbahn-Gesellschaft.

(Abgehalten am 10. März, 10 Uhr Vorm.)

West, 11. März.

In Abwesenheit des durch Krankheit am Erscheinen verhinderten Präsidenten eröffnet der Vicepräsident Graf Anton Szapáry die Versammlung mit der Mittheilung, daß von 39 Actionären inclusive der Regierungssacten 43.790 Actien deponirt sind und daher die Versammlung beschlußfähig sei.

Geehrte General-Versammlung! In dem der letzten ordentlichen General-Versammlung vorgelegten Berichte hatten wir unsere Mitbewerbung bei den Concessionsverhandlungen wegen Ausbaues einer von Arad oder Temesvár nach Orsova zu führenden Eisenbahn angefündigt und für dieselbe Ihre Genehmigung erlangt.

Wir mußten nun zunächst alsbald die Ueberzeugung gewinnen, daß keine Aussicht vorhanden war, eine Concessionslinie Szeged-Pest seitens der h. Regierung concessionsfähig zu erhalten, und daß ferner die selbstständige Errichtung einer Arad-Lugos-Orsovaer Linie nur mit den schwersten Opfern verbunden sein würde, indem die h. Regierung mittelst Erlasses vom 5. August v. J. die Anforderung an uns gestellt hatte, daß wir zur Erleichterung der mit der Gewährung einer solchen Zinsengarantie verbundenen Lasten den auf die alten Theisbahnactien über 6 1/2% des Actien-capitalis resultirenden Reinertrag alljährlich zur Deckung des etwaigen Ausfalles auf der neuen Linie verwenden sollen.

sicht, an den Ergebnissen der sich mit der Zeit voraussichtlich sehr lucrativ gestaltenden Unternehmung einer directen Verbindung mit der Walachei theilzunehmen, welche uns veranlaßten, unter Zustimmung der hohen Regierung mit der österr. Staatsbahn-Gesellschaft das Uebereinkommen zu schließen, welches wir nun Ihrer Genehmigung unterbreiten.

Wir erbitten uns Ihre Vollmacht, eventuell einverstandlich mit der Staatsbahn an der Ihrer Genehmigung unterbreiteten Concessionsurkunde solche, etwa von der Regierung zu verlangende Modificationen des Entwurfes anzunehmen, welche das Wesen der Sache nicht berühren.

Was die Geldbeschaffung für die neue Linie anbelangt, sind die beiden Gesellschaften dahin übereingekommen, dieselbe im Wege der Emission von Obligationen zu bewerkstelligen. Alle weiteren diesbezüglichen Anträge müssen wir jedoch der nächsten ordentlichen, eventuell einer außerordentlichen Generalversammlung vorbehalten.

Was den Ausbau einer Zweigbahn von Mezötur nach Droschháza eventuell nach Mezöhegyes anbelangt, bemerken wir, daß die Herstellung einer solchen Linie, welche eine der fruchtbarsten Gegenden Niederungarns durchschneidet, uns schon seit Jahren beschäftigt hat. Diese Linie bietet keine Schwierigkeiten und kann daher billigst hergestellt werden.

Wir sind um Verleihung der definitiven Concession für die ungefähr 12 Meilen lange Zweigbahn Mezötur-Szarvas-Droschháza, eventuell Mezöhegyes und um das Zugeständniß der Collectivgarantie für dieselbe eingeschritten. Wir legen die Concessionsurkunde gleichfalls Ihrer Genehmigung vor und erbitten uns die Vollmacht auch hier etwa beliebige Modificationen vorzunehmen.

Unsere Geldbedürfnisse stellen sich nun folgendermaßen dar: 1. Für die Erweiterungsbauten, bereits im Jahre 1870 ausgeführt fl. 118.270 77 kr., für die Erweiterung des Bahnhofes Arad fl. 180.000, für ein Beamtenwohnhaus im Bahnhofe Szeged fl. 40.000, für Erweiterungsbauten am Bahnhofe Miskolcz fl. 266.000, schließlich für die Erweiterung der Hauptwerkstätte in Miskolcz fl. 491.000, zusammen fl. 1.095.270, welche auf Grund des Nachtragsvertrages vom 16. Jänner 1865 in das garantierte Baucapital der Theisbahn einzubeziehen sind, worüber die endgiltige Erklärung der h. Regierung noch nicht erfolgt ist.

Unter der Voraussetzung der Erlangung der collectiven Staatsgarantie für diese Linie ist unsere Absicht, für den Geldbedarf Teisbahnactien zu emittiren, auch dabei das Bezugsrecht al pari den Actionären der Theisbahn zu erlassen. Schließlich für Anschaffung von Fahrbetriebs- und Signalmitteln fl. 1.786.362.

Auch rücksichtlich dieser Post haben wir für die cumulative Garantie von der Regierung gebeten; die Verhandlungen hierüber sind noch nicht abgeschlossen, und ist bis jetzt nur wenig Aussicht auf Erfüllung unseres Wunsches geboten.

Nachdem diese Ausgabe jedoch eine dringliche ist, bedürfen wir der Ermächtigung, die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen. Wir ersuchen Sie demnach um die Ermächtigung ad 1) und 2) eventuell Theisbahnactien unter den angegebenen Modalitäten zu emittiren, ad 3) die erforderlichen Geldmittel auf die nach Einsicht Ihres Verwaltungsrathes zweckmäßigste Art zu beschaffen. Auch hier müssen wir uns weitere Anträge für die ordentliche General-Versammlung vorbehalten.

Dr. S. Jaques verliest nun das Uebereinkommen mit der österreichischen Staatsbahn-Gesellschaft, welches ohne Debatte genehmigt wird. Von der Verlesung der Concessionsurkunden zu den beantragten Linien wird auf Antrag des Actionärs Madár v. Fest Umgang genommen, dieselben genehmigt, und der Verwaltungsrath zur Vorname etwa nothwendig werdender Veränderungen bevollmächtigt.

Dr. S. Jaques verliest nun das Uebereinkommen mit der österreichischen Staatsbahn-Gesellschaft, welches ohne Debatte genehmigt wird. Von der Verlesung der Concessionsurkunden zu den beantragten Linien wird auf Antrag des Actionärs Madár v. Fest Umgang genommen, dieselben genehmigt, und der Verwaltungsrath zur Vorname etwa nothwendig werdender Veränderungen bevollmächtigt.

die Interessen der Gesellschaft thätiges Mitglied des Verwaltungsrathes gewesen war. Die Versammlung erhebt sich zum Zeichen der Theilnahme. Der Präsident schließt hierauf die Sitzung.

B & K. Arad, 12. März. Getreide. Im Getreidegeschäfte bleibt es anhaltend ruhig und sind die Preise unverändert.

Arad, 12. März. Spiritus unverändert im Preise.

West, 11. März. Getreidegeschäft. Das Weizenge schäft eröffnete heute in flauer und weichender Tendenz, das Ausgebot war wohl schwach, Nehmer jedoch äußerst reservirt und mußte 5 bis 10 kr. billiger abgegeben werden.

Zur amtlichen Notirung gelangten folgende Schlüsse: Weizen, Theiß, 83 1/2 pfd. fl. 7.—, 82 pfd. fl. 6.65 Selbes per 3 Monate. — Pester Boden, 84 pfd. fl. 6.90, 87 pfd. fl. 7.—, 83 1/2 pfd. fl. 6.95, ab Nordbahn. Alles per 3 Monate, — Weisenburger, 83 1/2 pfd. fl. 7.07 1/2, per 3 Monate. — Maros, 84 pfd. fl. 6.75, wickig, per 3 Monate.

Ufance-Weizen per Frühjahr 6.55 G., 6.57 1/2 W., April-Mai 6.35 G., 6.37 1/2 W.

Ufance-Roggen 78 pfd. per Frühjahr 3.45 G., 3.50 W.

Ufance-Mais per Mai-Juni 3.88 G., 3.90 W.

Ufance-Hafer per Frühjahr 1.83 1/2 G., 1.84 1/2 W.

Wien, 11. März. (Schlachthofmarkt.) Der Zutrieb zum heutigen Schlachthofmarkt betrug 1937 Mastochsen, darunter waren 889 von Galizien, 603 von Ungarn und der Rest von der Umgebung. Die meisten Partien ergaben ein Durchschnittsgewicht von 850 bis 1100 Pfund, Primawaare von 1100 bis 1450 Pfund Schlachtgewicht per Paar. Der Markt war belebter, und besserten sich die Preise für alle Qualitäten um 50 bis 75 kr. per Centner.

Wiener Börse vom 11. März. Auf die Annahme, daß die Auflösung des ungarischen Reichstages unvermeidlich geworden sei, verkaufte die Börse. Ein Gerücht, das mit zur Bestimmung beitrug und von der Einführung der achtstägigen Liquidation erzählt, entbehrte jedweder Begründung. Creditactien gaben von 347.40 bis 343.50, Anglo-Bank-Actien von 367.75 bis 363.25, die Actien der Unionbank von 331.50 bis 328.25 ab, Lombarden drückten sich von 211 auf 208.80.

Trotz dieser Haltung der Speculations-Effecten gewannen indes einige Nebenwerthe, insbesondere die Actien der Hypothekar-Rentenbank, die 170 nach 167.50 erreichten, und Actien der Commissionsbank, welche von 143.50 bis 145.50 zum Abschlusse gelangten. Die Actien der Wiener Wechselbank kamen zu 351.75 und 351, Wiener Bankverein zu 345 und 343 vor, Vereinsbank-Actien erster Emission notirten 126.50 und 126, jene der zweiten Emission 115.50, und 114.50, Ungarische Bodencredit-Actien 136 und die Actien der Oesterreichischen Allgemeinen Bank 237.50.

Die Actien der allgemeinen Oesterreichischen Baugesellschaft schwankten zwischen 127.80 und 126.60, die Actien der Wiener Baugesellschaft zwischen 179 und 178.50; Tramway-Actien waren 237, Lärtenlose 76 nach 76.80; Zwanzig-Francsstücke reagirten von 8.86 auf 8.84.

Um halb 12 Uhr blieben: Creditactien 344.60, Anglo-Bank-Actien 364.75, Unionbank-Actien 330.25, Actien der Hypothekar-Rentenbank 168, Lombarden 209.40, Zwanzig-Francsstücke 8.84.

Zu Beginn des Mittagsverkehrs war die Stimmung mäßig fester. Creditactien gewannen bis 345.50, Unionbank-Actien bis 332.75; die Actien der Hypothekar-Rentenbank kamen bis 170.25, Commissionsbank-Actien bis 147.50 vor. Die Actien der Anglo-Bank notirten 365 und 364.50, Renten- und Rentenbank 107 nach 108.50. Die Actien des Hotels- und Badevereins wurden seitens der Bodencredit-Anstalt zum Course von 50 (für 40 fl. geleistete Einzahlung) eingeführt.

Zur Erklärungszeit waren: Creditactien 345.50, Anglo-Bank-Actien 364.75, Unionbank-Actien 332.75, Lombarden 210.10, Actien der Carl-Ludwigbahn 260.25.

Renten behauptet. Die Baluta fast unverändert, London 111.40, Zwanzig-Francsstücke 8.84 1/2.

(Schluß der Börse.) Um 1 Uhr 30 Minuten: Creditactien 346.50, Anglo-Bank 364.75, Unionbank 332.50, Lombarden 210.30, Galizier 261.50, Zwanzig-Francsstücke 8.84.

Die Arader Handels- und Gewerbe-Bank verzinst Einlagsgelder gegen Cassenscheine oder Einlagsbriefe mit

5 % zu 8 Tage } Kündigung,
6 % " 30 "
6 1/2 % " 90 "

ertheilt Baarvorläufe auf Werthpapiere und Bankdesproducte, escomptirt täglich Platz- und fremde Wechsel und besorgt alle in's Bankfach einschlägigen Aufträge auf die coulanteste Weise.

Hypothekar-Darlehen an Besizer unbeweglicher Güter gegen Rückzahlung mittelst Annuitäten in 15 bis 42 Jahren, zahlbar in effect-

Arader Comitats-Sparcassa.

Wir beehren uns die Anzeige zu machen, daß wir den ratenweisen
Verkauf aller Gattungen solider Werth- und Lospapiere
besorgen.

Dadurch bezwecken wir, Jedermann für seine Sparpfennige eine ge-
winnbringende und sichere Anlage zu bieten, und werden durch Arrangirung
von **Loggesellschaften** die größten Vortheile zu sichern be-
strebt sein.

Wir empfehlen Bezugsscheine von Spielgesellschaften auf:

a) **20 Stück fl. 100 ungarische Prämien-Lose** für 20 Theilneh-
mer in monatlichen Raten à fl. 8 ö. W. Die Lose haben jährlich 4 Zie-
hungen mit Haupttreffer von 250,000 und 200,000 fl. ö. W. ohne Steuer-
abzug und müssen außerdem mit fl. 108 ö. W., dem mindesten Gewinn, wel-
cher successive bis fl. 200 steigt, gezogen werden.

b) **46 Ziehungen jährlich** mit Haupttreffer von über 2 Millio-
nen Gulden ö. W. für 20 Theilnehmer in 25 monatlichen Raten à fl. 5.

Diese beliebte Gruppe enthält sämtliche in Oesterreich-Ungarn existi-
rende Staats- und Privat-Anlehens-Lose. Gewinnste werden unter die
Theilnehmer sofort vertheilt.

Nach Ablauf der Gesellschaftsdauer und der vollständigen Einzahlung
der Raten, werden die Lose verkauft und der coursmäßige Erlös unter die
Theilnehmer baar vertheilt.

Ferner Bezugsscheine auf einzelne Lose, u. zw.:

c) $\frac{1}{5}$ 1839er Staats-Los	in monatlichen Raten à fl. 10 ö. W.
$\frac{1}{5}$ 1860er Staats-Los	" " " " 5 " "
1 St. 50 fl. 1864er „	" " " " 5 " "
1 „ 50 fl. ung. Prämien-Los in	" " " " 4 " "
1 „ 400 Frcs. Türken-Los in	" " " " 6 " "

Ziehungslisten versenden wir an unsere Comittenten franco nach je-
der Ziehung.

Anträge werden gegen Postanweisung oder Nachnahme prompt effectuirt.
Bezugsscheine können auch durch unsere Filialen bezogen werden.

(187-5)

Arader Comitats-Sparcassa.